Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 87 (1993)

Heft: 7-8

Artikel: NW-Gespräch mit Renate Salzgeber und Serge Gaillard : machtlos gegenüber der Arbeitslosigkeit?

Autor: Salzgeber, Renate / Gaillard, Serge

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143780

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Machtlos gegenüber der Arbeitslosigkeit?

Die Teilnehmerin und der Teilnehmer am folgenden NW-Gespräch, Renate Salzgeber und Serge Gaillard, haben Ökonomie studiert und bis vor kurzem an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich zusammengearbeitet. Renate Salzgeber ist weiterhin an der KOF tätig und daneben auch politisch aktiv, zum Beispiel im Vorstand der SP Kanton Zürich und in der Rechnungsprüfungskommission ihrer Wohngemeinde Küsnacht. Serge Gaillard hat am vergangenen 1. März seine neue Stelle als Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes angetreten und in dieser Funktion Beat Kappeler abgelöst. Renate Salzgeber und Serge Gaillard haben die vom Redaktor gestellten Fragen gemeinsam beantwortet. Das Gespräch geht den Ursachen der gegenwärtigen Rezession auf den Grund. Diese liegen nicht in mangelnder Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, sondern in der zu geringen Nachfrage. Schlagworte wie «Deregulierung» können daher das antizyklische Handeln des Staates nicht ersetzen. Ein Abbau der Löhne und Sozialausgaben würde die Krise nur noch zusätzlich vertiefen. Ein anderer Schwerpunkt des Gesprächs betrifft die Frage, warum und wie die steigende Arbeitsproduktivität in schrittweise Arbeitszeitverkürzung umgesetzt werden sollte.

Red.

Blockierte Wirtschaftspolitik

***NW:** Renate Salzgeber und Serge Gaillard, in der Frühjahrsprognose der Konjunkturforschungsstelle der ETH habt Ihr für die zweite Jahreshälfte 1993 den Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs vorausgesagt. Wie steht es mit diesem Aufschwung?*

R.S./S.G.: Die Konjunkturindikatoren sind zur Zeit noch sehr schlecht. Von der *Binnenwirtschaft* ist keine rasche Erholung zu erwarten. Einerseits sinkt die Kaufkraft der Löhne in diesem Jahr, weshalb sich die Konsumtätigkeit nicht erholen wird. Anderseits beginnt die Sparpolitik des Staates zu greifen, womit auch von dieser Seite keine Impulse ausgehen. Einzig die Zinssätze fallen, was positive Auswirkungen auf die Bautätigkeit haben wird, allerdings erst im nächsten Jahr. Davon dürfte vor allem der Wohnungsbau profitieren.

Die Aussichten in der Binnenwirtschaft sind wenig optimistisch. Wir erwarten daher die Erholung eher von der *Exportseite* her. Auch dort ergibt sich ein gemischtes Bild: Während die Produktion in den USA und in Grossbritannien nun tatsächlich wächst, befindet sich das übrige Europa noch in der Rezession. Die konjunkturelle Wende in Deutschland ist erst mit Beginn des nächsten Jahres absehbar, weshalb auch bei uns eine spürbare konjunkturelle Belebung erst 1994 erwartet werden kann.

***NW:** Was lief falsch in der Konjunkturpolitik der öffentlichen Haushalte? Der ägyptische Josef hat in den sieben fetten Jahren für die sieben mageren Jahre vorgesorgt. Dass der Staat in den fetten Jahren Reserven anlegt, wird heute unter dem Schlagwort «keine Steuern auf Vorrat» bekämpft. Es kommt in den guten Zeiten zu den bekannten Steuergeschenken, die sich in den schlechten Zeiten nur schwer rückgängig machen lassen.*

R.S./S.G.: Die Wirtschaftspolitik ist heute tatsächlich blockiert, weil in der letzten Hochkonjunktur diese Fehler gemacht

wurden. Unter dem Eindruck der konjunkturbedingt reichlich sprudelnden Einnahmen hat der Staat damals die *Ausgaben erhöht* und gleichzeitig *Steuern gesenkt.* Damit wurde die Konjunktur, die bereits überhitzt war, noch weiter angeheizt. Hätte man sich in dieser Zeit, also 1988 bis 1990, konjunkturgerecht verhalten, so wären heute Reserven vorhanden, die zur Stützung des Wachstums um 1,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausreichen würden. Das wären etwa 5 Milliarden Reserven. Damit liesse sich heute der Abbau von rund 50 000 Arbeitsplätzen verhindern.

NW: Wie kommt ihr auf diese 1,5 Prozent?

R.S./S.G.: Bei einem konjunkturgerechten Verhalten wären die Ausgaben nicht überproportional zum langfristigen Wirtschaftswachstum gestiegen und die Steuerquote nicht gesenkt worden. Eine Wirtschaftspolitik des *Vollbeschäftigungsbudgets* erlaubt es, zwischen dem strukturellen Rechnungsabschluss und der konjunkturell bedingten Abweichung davon zu unterscheiden. Berechnungen zeigen, dass die guten Rechnungsabschlüsse 1988 bis 1990 zu einem beträchtlichen Teil lediglich konjunkturbedingt waren.

Konjunkturpolitische Verantwortung des Staates

NW: Der Zürcher Finanzdirektor pflegt zu sagen, eher lege ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Politiker darauf verzichte, das vorhandene Geld auszugeben.

R.S./S.G.: Früher war es nicht so. Nicht erst seit Keynes weiss man, dass die Privatwirtschaft zu *zyklischen Bewegungen im Wirtschaftswachstum* neigt. Es gibt immer Phasen mit Nachfrageüberschuss und Konjunkturüberhitzung und Phasen, in denen die Produktion hinter den Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt. Und weil die Privatwirtschaft so unstabil ist, trägt der Staat stabilisierungspolitische Verantwortung. Leider hat man diese Aufgabe in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund war es für die bürgerlichen Parteien ein leichtes, sich in der Hochkonjunktur einer Reservebildung zu widersetzen. Das Ziel einer Senkung der Staatsquote war ihnen wichtiger als die Stabilisierung der Konjunktur. Heute bezahlen wir den Preis dafür.

Die KOF hatte davor gewarnt, die Staatsausgaben allzu sehr auszuweiten und die Steuern zu senken. Das Resultat war ein «Trumpf Buur»-Inserat, das der KOF vorwarf, sie wolle eine Planwirtschaft einführen. Vor Überhitzungserscheinungen hatte 1989 übrigens auch die Gewerkschaft Bau und Holz gewarnt. Wir haben auch ein Bundesamt für Konjunkturfragen. Seine Aufgabe wäre es, diese Berechnungen anzustellen und Empfehlungen abzugeben im Hinblick auf Budgetprozesse.

NW: Macht es das nicht?

R.S./S.G.: Die Berechnungen werden erstellt, aber in diesem politischen Klima, das jede staatliche Regulierung ablehnt, haben solche Appelle wenig Aussicht auf Erfolg. Das kann sich wieder ändern, denn wir dürfen diese Fehler nicht wiederholen.

Hochzinsphase wegen Geldpolitik der Deutschen Bundesbank

NW: Schuld am konjunkturellen Zusammenbruch war wohl auch die restriktive Geldpolitik der Nationalbank seit Ende 1988?

R.S./S.G.: Die Nationalbank hatte bis zum letzten Herbst wenig Spielraum. Wegen der damaligen Rahmenbedingungen – hohe Inflation und schlechte Konjunktur in der Schweiz, Vertrauen der Finanzmärkte in das Europäische Währungssystem – musste die Nationalbank ihre Geldpolitik an diejenige der Deutschen Bundesbank anlehnen, wollte sie nicht einen spekulativen Abwertungsdruck gegenüber dem Schweizerfranken auslösen. Seither hat sich der Spielraum der Nationalbank vergrössert, und er wurde zu einer markanten Lockerung der Geldpolitik ausgenützt. Die Zin-

sen sind seit dem letzten Herbst um mehr als 2 Prozent gesunken.

Im Bereich der Geldpolitik haben die Länder der EG versagt. Die Deutsche Bundesbank, die zumindest bis zum letzten Herbst die gesamte europäische Geldpolitik bestimmte, orientierte sich ausschliesslich an der *konjunkturellen Lage in Deutschland*. Damit zwang sie andern Ländern mit einer schlechteren Konjunkturlage eine lang andauernde Hochzinsphase auf.

Die Folgen für die Konjunktur in der Schweiz waren *katastrophal*. Normalerweise wurde die Geldpolitik im ersten Rezessionsquartal gelockert. Diesmal dauerte es mehr als eineinhalb Jahre. Erst seit dem letzten Herbst wurde die Geldpolitik gelockert. Die seitherige Zinsreduktion wird sich positiv auswirken auf die Bauwirtschaft, insbesondere auf den Wohnungsbau.

NW: Also wäre die Nationalbank weitgehend entschuldigt, weil sie im Schlepptau der Deutschen Bundesbank sich gar nicht anders verhalten konnte?

R.S./S.G.: Der Spielraum war sehr eng. Aber wenn die Nationalbank einen eingeengten Spielraum hat, dann muss die Fiskalpolitik, also die Einnahmen- und Ausgabenpolitik des Staates, um so aktiver sein, um die negativen Wirkungen der restriktiven Geldpolitik zu kompensieren.

Neue Mittel für die Deckung der Defizite

NW: Alles spricht heute vom Sparen, auch bei den Investitionen. Wird damit nicht einmal mehr eine prozyklische Politik gefördert, die sich längerfristig überhaupt nicht bezahlt macht?

R.S./S.G.: Die Fehler in der vergangenen Hochkonjunktur haben uns Defizite beschert, die mit 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes hoch sind. Die Defizite liegen wohl im *Durchschnitt der OECD-Länder*, sind für die Schweiz jedoch ungewohnt hoch. Aber in einer Rezession kann man nicht die Fehler korrigieren, die vor drei Jahren begangen wurden. Sonst würde man dem ersten Fehler einen zweiten hinzufügen. Heute das strukturelle Defizit abzubauen, wo doch gerade die Nachfrage schwach ist, würde effektiv die Konjunkturlage weiter beeinträchtigen.

NW: Das heisst, im Moment mehr Schulden machen und diese später zurückzahlen, wenn es der Wirtschaft besser geht?

R.S./S.G.: Nur sollten wir uns schon jetzt Gedanken machen, wie die strukturellen Defizite zu senken wären.

NW: Wie?

R.S./S.G.: Meistens geht man von der politischen *Kompromissformel* aus: Die Hälfte des Defizits wird durch Einsparungen, die andere Hälfte durch Mehreinnahmen beseitigt. Eine genauere Untersuchung der Sparmöglichkeiten zeigt allerdings, dass es äusserst schwierig sein wird, nur schon diese Hälfte einzusparen. Wir müssen deshalb für die Defizitdeckung neue Mittel zur Verfügung stellen, auch wenn dadurch die Staatsquote leicht steigen wird. Konkret heisst das auf Bundesebene: Wir brauchen eine Mehrwertsteuer mit einem Satz von 6,8 Prozent.

Schwieriger Abbau der Arbeitslosigkeit

NW: Die Schweiz hat registrierte Arbeitslosenzahlen wie noch nie seit den 30er Jahren. 150 000 sind es zur Zeit. Es gibt Szenarien, die eine Steigerung bis 400 000 für möglich halten. Wie hoch müsste das Wirtschaftswachstum sein, um die Arbeitslosigkeit markant abzubauen?

R.S./S.G.: Im Prinzip braucht es ein *dreiprozentiges Wirtschaftswachstum*, damit die Zahl der Arbeitslosen um etwa 30 000 pro Jahr abgebaut werden kann. Bei dieser Berechnung haben wir unterstellt, dass die Arbeitsproduktivität wie in den 80er Jahren um jährlich etwa 1,6 Prozent

zunehmen wird. Auch in diesem optimistischen Szenario ist nicht sicher, ob die Arbeitslosigkeit um 30 000 abgebaut werden kann. Wir wissen aus dem Ausland, dass nach einer langen Periode hoher Arbeitslosigkeit der Abbau sehr schwierig ist. Die Arbeitslosen verlieren ihre Qualifikationen, sind entmutigt oder werden durch die Arbeitgeber diskriminiert.

Deshalb braucht es eine äusserst aktive Arbeitsmarktpolitik, um vor allem *Langzeitarbeitslosigkeit* zu verhindern. Die Arbeitslosen müssen betreut sein, sie müssen ausgebildet und vermittelt werden. Die Arbeitgeber sollten ehemalige Arbeitslose bei der Anstellung bevorzugen. Nur so wird es uns gelingen, die Zahl der Arbeitslosenzahlen möglichst bald wieder herunterzubringen.

Impulsprogramm des Bundes zeigt Wirkung

NW: Auf Bundesebene haben Gewerkschaften und SP ein Impulsprogramm durchgesetzt, das 50 Millionen für den sozialen Wohnungsbau freisetzt und mit einem Investitionsbonus von 200 Millionen Kantone und Gemeinden ermuntert, ausführungsreife Bauvorhaben vorzuziehen. Es wird behauptet, dass solche Massnahmen immer zu spät kommen. Wie verhält es sich diesmal?

R.S./S.G.: Zu spät kommen sie nicht; denn die Abschwächung der Konjunktur hält an. Ohne Impulsprogramm wären die öffentlichen Investitionen in diesem Jahr sogar rückläufig. Der Impuls wird sich auch 1994 auswirken, was um so wichtiger ist, als die Beschäftigung in der Bauwirtschaft nach allen Prognosen auch im nächsten Jahr noch rückläufig sein wird. Besser wäre es natürlich gewesen, wenn der Bonus ein halbes Jahr früher beschlossen worden wäre. Trotzdem kommt er nicht zu spät.

Was den *Investitionsbonus* angeht, hat eine telefonische Umfrage unter den Kantonen gezeigt, dass die Gesuche die zur Verfügung stehende Summe übersteigen werden. Damit ist der Einwand entkräftet, die Kantone würden den Investitionsbonus gar nicht beanspruchen. Der Investitionsbonus löst Nachfrageeffekte aus. Sie werden vom KOF auf 1,1 Milliarden geschätzt. Zusammen mit dem Kredit für den Wohnungsbau ergeben sich Nachfrageeffekte von etwa 2 Milliarden Franken. Mit ihnen können gemäss Berechnungen des Gewerkschaftsbundes fast 20 000 Arbeitsplätze für ein Jahr gerettet werden. Damit ist auch die weitere Kritik widerlegt, dass die Summe für das Impulsprogramm nichts bringe, weil sie zu klein sei.

«Deregulierung» könnte Krise noch vertiefen

NW: Eine neoliberale Wirtschaftspolitik will die Arbeitslosigkeit mit «Deregulierung», faktisch mit Sozialabbau und Lohnsenkungen, bekämpfen? Das würde heissen, dass die gegenwärtige Investitionsschwäche eine Folge zu hoher Löhne, Sozialabgaben und Steuern wäre. Welches ist Eure Antwort auf diese neoliberale Offensive?

R.S./S.G.: Die Frage ist, ob die Investitionsschwäche entweder auf mangelnde Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit oder aber auf zu geringe Nachfrage zurückzuführen sei. Für uns liegt die Ursache der Investitionsschwäche ganz klar in der *zu geringen Nachfrage*. Das ist unsere Hauptkritik an der «Deregulierungs»-Kampagne. Um vorsichtig zu sein: «Deregulierung» bedeutet nicht immer Lohnabbau, sie kann in Einzelfällen auch mit althergebrachten Privilegien aufräumen, die nicht mehr gerechtfertigt sind.

NW: Zum Beispiel im Kartellwesen.

R.S./S.G.: Aller Voraussicht nach werden sich die bürgerlichen Parteien gegen ein griffiges Kartellgesetz wehren. Daneben gibt es auch zu perfektionistische Bauvorschriften usw. Aber grundsätzlich geht die «Deregulierungs»-Kampagne von der *falschen Annahme* aus, dass die Schweiz nicht wettbewerbsfähig sei. Dem ist entgegenzu-

halten, dass zwischen 1985 und 1991 bei den gleichen Löhnen und bei der gleichen Regulierungsdichte mehr als 400 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Auch die Exporte haben sich in dieser Rezession im Vergleich zur schlechten Weltwirtschaftslage relativ gut gehalten.

Wir haben es mit einer *zyklischen Nachfrageschwäche* zu tun, mit einem typischen Konjunktureinbruch, mit einer jener Phasen, die wir seit 150 Jahren alle sieben bis zehn Jahre beobachten. Weil das kein neues Phänomen ist, kann man auf die alten Rezepte zurückgreifen. Neu ist nur, dass es diesmal länger dauert. In dieser Situation auf der einen Seite die Löhne und die Sozialabgaben senken, auf der andern Seite die Staatstätigkeit zurückdrängen heisst eine sinnvolle staatliche Stabilisierungspolitik verunmöglichen, heisst von den wesentlichen Problemen ablenken. Alle diese «Deregulierungs»-Vorschläge würden in den nächsten drei Jahren keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen. Im Gegenteil, sie könnten die Krise sogar noch vertiefen.

Garantiert Wirtschaftswachstum die Vollbeschäftigung?

NW: *Grundsätzlicher gefragt: Kann Wirtschaftswachstum jemals wieder Vollbeschäftigung herbeiführen? Stellen wir heute nicht eine Abkoppelung des Beschäftigungswachstums vom Wirtschaftswachstum fest? Neue Investitionen zielen auf einen Rationalisierungsschub, der vielleicht mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue schafft. Robotikfertigung in der Industrie und Automatisierung der Dienstleistungen kennzeichnen diese Entwicklung. Es gibt Unternehmungen, insbesondere Grossbanken, die hohe Gewinne erwirtschaften und dennoch Personal abbauen.*

R.S./S.G.: Ob Wirtschaftswachstum jemals wieder Vollbeschäftigung herbeiführen wird, können wir nicht wissen. Aus der Beurteilung der momentanen Situation lässt sich eine Abkoppelung des Beschäftigungswachstums vom Wirtschaftswachstum nicht feststellen. Im Gegenteil, die Koppelung ist vielleicht sogar wieder etwas enger geworden. Wird das Wirtschaftswachstum reduziert, so führt dies sehr rasch zu Entlassungen. Darum ist auch der umgekehrte Fall vorhersehbar, dass die Beschäftigung wieder zunehmen wird, sobald das Wirtschaftswachstum stärker sein wird als die Zunahme der Arbeitsproduktivität.

Bei der Frage nach dem Produktivitätsfortschritt dürfen wir einzelbetriebliche Beobachtungen nicht auf die ganze Volkswirtschaft übertragen. Es gibt Wirtschaftszweige mit einem spektakulären technischen Fortschritt, wie zum Beispiel die Textil- und Uhrenindustrie der 70er Jahre. Jetzt scheint ein weiterer Produktivitätsschub stattzufinden, eingeleitet durch die hohe Investitionstätigkeit der zweiten Hälfte der 80er Jahre, die zu einer massenhaften Einführung der *neuen Technologien* führte. Aber gleichzeitig entstehen *neue Wirtschaftssektoren,* die sehr personalintensiv sind und die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Produktivität wieder dämpfen.

NW: *An welche neuen, personalintensiven Wirtschaftssektoren denkt Ihr?*

R.S./S.G.: An die Bereiche Beratung, Planung und Begleitung von Produktionen, die ausserhäusliche Kinderbetreuung, den wachsenden Gesundheitssektor usw. Wir wollen damit aber nicht in Abrede stellen, dass die Produktivität weiterhin zunehmen wird. Auch die von Dir erwähnten Szenarien mit 400 000 Arbeitslosen argumentieren mit diesen schnell wachsenden und arbeitsparenden Industrien und berücksichtigen nicht, dass andernorts wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Trotzdem stellt sich die Frage, was wir mit diesem *Produktivitätsfortschritt* anfangen. Damit verbindet sich die weitere Frage: In welche Richtung soll sich die Gesellschaft entwickeln?

Wirtschaftswachstum für die Umwelt?

NW: *Ist ein Wirtschaftswachstum von 3 und mehr Prozent, das zur Bekämpfung der*

Arbeitslosigkeit erforderlich wäre, überhaupt noch ökologisch zu verantworten?

R.S./S.G.: Eine komplexe Frage.

NW: *Zugegeben, aber müssten wir nicht wenigstens zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum unterscheiden? Oder ist auch diese Unterscheidung nicht so plausibel, wie sie sich anhört? Wenn der BLICK seine Auflage steigert, so ist das quantitatives Wachstum, wenn dagegen die Abo-Zahl der Neuen Wege zunimmt, dann ist das qualitatives Wachstum. So einfach, als ob es ein ausschliesslich qualitatives Wachstum geben könnte, geht es wohl nicht.*

R.S./S.G.: Im Prinzip geht es genau um diese Schwierigkeit der Abgrenzung. «Ökologisch verantwortbar» ist ein weiter Begriff. Auch die Schäden, die an der Umwelt, insbesondere an der Tier- und Pflanzenwelt, angerichtet worden sind, können jetzt im Sinne von *Reparaturarbeiten* zwar nicht mehr ganz rückgängig gemacht, aber doch vermindert werden. Eine Rechtfertigung des Wirtschaftswachstums kann sein, dass es in Reparaturleistungen für die Umwelt umgelenkt wird, also dieser selber zugute kommt. Der Verzicht auf jegliches Wachstum hätte Umverteilungsmassnahmen zur Folge, die kaum mehr sozialverträglich wären...

NW: *...so wie die herrschenden Verhältnisse nun einmal sind.*

R.S./S.G.: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie ökologisch in die Wirtschaft eingegriffen werden kann. Wir können auf der einen Seite die neuen ökologischen Aufgaben dem *Staat* übertragen. Oder wir können auf der andern Seite *Anreize* schaffen, dass anders produziert wird. Das eine ist in die Vergangenheit, das andere in die Zukunft gerichtet. Es ist sinnvoll, wenn man dem Staat die Reparaturarbeiten an der Umwelt überträgt und durch zusätzliches Wirtschaftswachstum finanzieren lässt.

Arbeitszeitverkürzung oder Kommerzialisierung des Lebens

NW: *Wenn die Arbeitsproduktivität in der Industrie um jährlich 3 Prozent zunimmt, ergibt das bei gleichbleibender Arbeitszeit einen Produktionsausstoss, der sich alle 23 Jahre verdoppelt. Soll die Wirtschaft im Jahr 2016 doppelt so viele Kochherde, Kühlschränke, Staubsauger, Autos usw. auf den Markt bringen? Wenn immer mehr produziert werden kann pro Arbeitsstunde, dann muss doch nur schon wegen der «Grenzen des Wachstums» die Arbeitszeit entsprechend reduziert werden.*

R.S./S.G.: Der Produktivitätsfortschritt ermöglicht es, die Produktionskapazitäten sehr stark zu vergrössern. Wir müssen uns entscheiden, wofür wir diesen Fortschritt einsetzen wollen. Da hat natürlich die Arbeitszeitverkürzung eine hohe Priorität. Die Alternative wäre, dass ein grosser Teil des gesellschaftlichen Lebens kommerzialisiert würde, was nicht sinnvoll wäre. Lieber arbeiten wir nur am Morgen und haben dafür am Nachmittag Zeit, um andere gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen, z. B. Familienarbeit zu leisten, Kinder zu betreuen usw.

NW: *Liegt hier nicht auch ein Konfliktpotential zwischen Arbeit und Kapital? Auf dem Arbeitsmarkt besteht doch derjenige am besten, der ein Produkt in möglichst grosser Masse und möglichst billig herstellt. Müsste das Kapital also nicht an den bestehenden Arbeitszeiten festhalten, um bei zunehmender Produktivität auch den Produktionsausstoss zu erhöhen?*

R.S./S.G.: Für die einzelne Unternehmung wäre es sogar wünschenswert, die Arbeitszeit zu erhöhen und erst noch die Löhne zu senken. Auf diese Art kann die einzelne Unternehmung auf Kosten anderer Unternehmungen Marktanteile gewinnen. Wenn sich aber alle so verhalten, hätten wir wieder Probleme mit der Nachfrage. Darum muss es immer *gesellschaftliche Regelungen* geben, die dafür sorgen, dass entweder

die Löhne steigen oder dass die Arbeitszeit reduziert wird. Diese Rahmenbedingungen müssten wenigstens branchenweise oder national gesetzt werden, und auch hier nicht ganz unabhängig von dem, was in andern Ländern geschieht.

Die Arbeitszeitverkürzung liegt ohnehin im Trend. In den letzten 10 Jahren hat die Arbeitszeit in der *Schweiz* um etwa 100 Arbeitsstunden abgenommen. Wir arbeiten heute noch 150 bis 200 Stunden länger als in Frankreich und Deutschland, sind also mit unserem Rhythmus 10 bis 15 Jahre im Rückstand.

Wieviel Arbeitszeitverkürzung ist beschäftigungswirksam?

NW: *Damit Arbeitszeitverkürzung zu einer besseren Verteilung der Arbeit führt, genügt die von den Gewerkschaften geforderte 40-Stunden-Woche wohl kaum. Besteht nicht die Gefahr, dass eine nur häppchenweise Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verdichtung der Arbeit und damit zu mehr Stress am Arbeitsplatz, aber nicht zu weniger Arbeitslosen führt? In welchem Ausmass also müsste die Arbeitszeit verkürzt werden, damit die zur Verfügung stehende Arbeit auf alle Arbeitswilligen verteilt werden könnte?*

R.S./S.G.: Auch eine *Politik der kleinen Schritte* kann beschäftigungswirksam sein. In Deutschland wurde in den 80er Jahren zwar die 35-Stunden-Woche gefordert. Die Arbeitszeitreduktion fand dann aber tatsächlich in kleinen Schritten statt und war trotzdem beschäftigungswirksam. Gewiss werden in der ersten Zeit nach Einführung einer Arbeitszeitreduktion Produktivitätsreserven in den Betrieben aktiviert. Aber das wäre auch sonst irgendwann einmal der Fall. Und gerade in dieser Rezession wurden die Produktivitätsreserven womöglich schon ausgeschöpft. In verschiedenen Betrieben sagen die Leute, sie könnten ihre Arbeit unmöglich in weniger Zeit ausführen. Hier müsste die Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam werden. Auch Untersuchungen in Deutschland zeigen, dass bei gegebener Nachfrage die Arbeitszeitverkürzung zu 50 Prozent beschäftigungswirksam wird. Bei diesen Berechnungen geht man davon aus, dass die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen infolge der Arbeitszeitreduktion nicht zurückgeht.

Der zweite Teil Deiner Frage, in welchem Ausmass die Arbeitszeit verkürzt werden müsste, damit die *zur Verfügung stehende Arbeit* auf alle Arbeitswilligen verteilt würde, geht davon aus, dass die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auch längerfristig begrenzt ist. Das ist natürlich nicht so. Bei europaweit höheren Löhnen oder bei einer Ausweitung der Staatstätigkeit wäre die Nachfrage grösser. Oder wenn der gegenwärtige Konjunktureinbruch vorbei ist, kann die Nachfrage auch ohne diese Massnahmen wieder zunehmen. Die Arbeitszeitverkürzung ist mehr eine Frage der längerfristigen Prioritäten bei der Verwendung der Produktivitätsfortschritte.

NW: *Ist es angesichts steigender Arbeitslosigkeit nicht wider alle ökonomische Vernunft, dass die Frauen in der Schweiz zwei Jahre länger arbeiten sollen bis zur Pensionierung?*

R.S./S.G.: Im Moment, wo wir die Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit abbauen müssen, ist es völlig unvernünftig, das Pensionsalter zu erhöhen. Grundsätzlich wäre eine Angleichung des Rentenalters für beide Geschlechter sinnvoll. Die Frage ist nur, in welche Richtung. Auf der andern Seite wäre auch eine *flexible Altersgrenze* ab etwa 60 Jahren sinnvoll. Arbeit würde nicht durch sofortige Pensionierung beendet, sondern kontinuierlich abgebaut.

NW: *Von gewerkschaftlicher Seite wird bei einer weitergehenden Verkürzung der Arbeitszeit auch ein Lohnverzicht nicht ausgeschlossen. Entsteht hier nicht ein Dilemma für die gewerkschaftliche Tarifpolitik?*

R.S./S.G.: Bei kleinen Schritten der Arbeitszeitreduktion braucht es sicher *keinen Lohnverzicht*. Die Frage der Arbeitszeit-

verkürzung ist zu trennen von der Frage der Entlöhnung pro Arbeitsstunde. Wir müssen uns darüber einig werden, wie stark die Lohnkosten steigen können und wie wir diese Lohnkostensteigerungen auf Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen aufteilen.

Wenn eine massive Arbeitszeitverkürzung gefordert wird oder wenn sie in einzelnen Branchen das einzige Mittel ist, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sind *Lohnkürzungen denkbar,* weil dann die Arbeitszeitverkürzung über die vertretbare Arbeitskostenerhöhung hinausgeht. Aber auch in diesem Fall legen die Gewerkschaften Wert darauf, dass bei den tieferen Einkommen bis 4000 oder 4500 Franken im Monat die Löhne nicht gesenkt werden. Das bedingt eine gewisse Umverteilung unter den Werktätigen und setzt natürlich dem Tempo der Arbeitszeitverkürzung gewisse Grenzen. Je nach Ertragsverhältnissen, dem Grad der Arbeitslosigkeit und den längerfristigen Beschäftigungsaussichten kann die konkrete Lösung für jeden Wirtschaftszweig wieder anders aussehen.

Ist die Mitbestimmung vom Tisch?

NW: *Eine letzte Frage: Sollen wir die Zukunft der Wirtschaft, deren ökologischen und sozialen Umbau zum Beispiel, nurmehr vom Kapital erwarten? Sind eigentlich Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft endgültig vom Tisch?*

R.S./S.G.: Die Zukunft kann man sicher nicht nur vom Kapital erwarten. Das Problem ist, dass die *einzelbetriebliche Logik* nicht auf die Volkswirtschaft übertragen werden darf. Das einzelbetrieblich Optimale ist nur in seltenen Fällen auch gesamtwirtschaftlich optimal. Jetzt begeht man noch den zusätzlichen Fehler, die gleiche Logik auf den Staat zu übertragen und ihn wie eine Aktiengesellschaft zu betrachten. Wie eine Aktiengesellschaft auf Kosten anderer Gesellschaften soll auch der Staat auf Kosten anderer Staaten Marktanteile gewinnen und Sozialdumping betreiben. Um das zu verhindern, braucht es *regulierende gesamtgesellschaftliche Eingriffe.* Diese müssen auf staatlicher Ebene erfolgen, zum Beispiel als Konjunkturpolitik, sie müssen aber auch von seiten der Gewerkschaften durchgesetzt werden, indem jedem Unternehmen bei aller Verfügungsgewalt über das Kapital gewisse Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Wenn heute eine Unternehmung behauptet, sie könne den Teuerungsausgleich nicht bezahlen, dann müssen die Bücher auf den Tisch. Dann müsste das kontrolliert werden. Damit die Unternehmungen diese und andere soziale Mindestbedingungen einhalten, braucht es die Mitbestimmung. Es braucht auch ein Selbstbewusstsein der Arbeitenden, das vermutlich nur über die Mitbestimmung zu erlangen ist.

NW: *Renate Salzgeber und Serge Gaillard, ich danke Euch für diese wertvollen Informationen über heutige Konjunkturforschung und Wirtschaftspolitik.*

■